

NACHRICHTEN

Unterstützung für «Rock the Docks»

ZUG red. Der Kanton unterstützt das kantonale Festival für junge Musik und Kultur in Zug «Rock the Docks». Dies mit einem festen Beitrag von 55 000 Franken und einer Defizitgarantie von 15 000 Franken aus dem Lotteriefonds. Das Festival beim Zuger Jachthafen findet in diesem Jahr vom 28. bis 30. August statt. Es bietet nationale und internationale Acts, diverse Zuger Bands, einen Skate Contest sowie ein breites Rahmenprogramm für Familien.

Postschliessung zieht weite Kreise

OBERWIL st. Dass die Post in Oberwil geschlossen werden soll, verärgert nicht nur die Bewohner des Dorfes. Inzwischen zieht das Vorhaben des Gelben Riesen weite Kreise – bis nach Bern. So haben Ruedi Balsiger, Mitglied der FDP und Bewohner von Oberwil, und Manfred Pircher, SVP-Gemeinderat, gemeinsam eine Petition gegen das Organisationskonzept der Post auf die Beine gestellt. Adressiert ist das Ganze an Susanne Ruoff, Konzernleiterin der Schweizerischen Post, und Verwaltungsratspräsident Peter Hasler. Überbracht wurde die Botschaft vom Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi.

Die Petitionäre fordern die Leitung der Post AG auf, die Strategie der Postregion Zug zu überarbeiten. Es könne nicht sein, dass im kleinen Kanton Zug innerhalb Jahresfrist sieben Poststellen ohne Not geschlossen würden, vier davon alleine in der Stadt Zug. Zudem müsse die Poststelle Oberwil für Zug Süd erhalten bleiben.

Andere Situation

Das Anliegen der Zuger sei in Bern zur Kenntnis genommen worden, sagt Thomas Aeschi, der es überbracht hat. Er bedauert, dass die Post vor allem Wert darauf lege, in den Randregionen einen guten Service zu liefern. «Ich habe darauf hingewiesen, dass Zug als sehr wirtschaftsträchtiger Kanton ein besseres Postangebot verdient als ein Bergdorf», sagt Aeschi. Das sei von den beiden Vertretern der Post aufgenommen worden. «Sie teilen die Ansicht, dass in diesem Gebiet eine andere Situation herrscht.»



Thomas Aeschi überbringt Susanne Ruoff die Botschaft aus Zug.
PD

«Der Spardruck wird bleiben»



Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel will einzelne Massnahmen nicht auf-schieben.

Archivbild Stefan Kaiser

ÖV Der Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel verteidigt das Sparpaket im öffentlichen Verkehr. Er signalisiert aber gegenüber den Gemeinden Gesprächsbereitschaft.

MARCO MOROSOLI
marco.morosoli@zugerzeitung.ch

Der Kanton Zug will im Zuge des Sparprogramms auch beim öffentlichen Verkehr sparen. Vor allem in den Randstunden werden Verbindungen gestrichen und der Viertelstundentakt verschiedener ZVB-Linien am Sonntag ebenfalls. Jetzt regt sich Widerstand gegen die Abbaupläne. Der Zuger Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel nimmt dazu Stellung.

Es gibt einige Gemeinden, welche das Entlastungsprogramm in Bezug auf den öffentlichen Verkehr um ein Jahr verschieben wollen. Ist das ein gangbarer Weg?

Matthias Michel: Wir sind flexibel. So hat bisher eine Gemeinde signalisiert, dass sie ein ergänzendes Angebot der Gemeindeversammlung unterbreiten möchte. Notfalls kann der Kanton hier für ein Jahr überbrücken. Das Amt für öffentlichen Verkehr sucht in ausgewählten Fällen mit den Gemeinden und den Nachbarkantonen nach alternative Lösungen. Solche zeigten sich bisher aber kaum, um die Sparziele zu erreichen.

Bis wann muss der Regierungsrat in dieser Sache eine Entscheidung fällen?

Michel: Der Regierungsrat wird spätestens im September über das Angebot beschliessen. Bis dann braucht es noch Verhandlungen mit den Transportunternehmen, um den definitiven Finanzbedarf zu erkennen.

Stehen in einem Jahr weitere Einschränkungen bevor, die dann richtig wehtun? Und verschiebt der Regierungsrat deshalb die Massnahmen nicht um ein Jahr?

Michel: Gemäss Bundesrecht muss der Regierungsrat das ÖV-Angebot für die nächsten zwei Jahre (2016/17) beschliessen. Angesichts der Sparrerwartungen des Kantonsrates würde der Regierungsrat seine Hausaufgabe schlecht machen, wenn er nun weitere zwei Jahre warten würde. Wenn der Kantonsrat dies trotz des Spardrucks anders sieht, dann hat er die Möglichkeit, ein eben eingereichtes Postulat der Fraktion der Alternativen erheblich zu erklären, mit dem Antrag, das ÖV-Angebot nicht abzubauen. Ich gehe aber davon aus, dass der Spardruck bleibt. In diesem Fall ist niemandem mit einer langen unsicheren Phase gedient, während der unklar bleibt, was gefahren wird und was nicht. Lieber jetzt auf Anfang 2016 das Angebot klären und später von weiteren Reduktionen absehen.

Wäre es sinnvoll, einzelne Massnahmen zu verschieben?

Michel: Das Verschieben einzelner Mass-

nahmen ist nur dort sinnvoll, wo neue Lösungen angeboten werden können oder wo zum Beispiel auf Beschlüsse in Gemeinden gewartet werden muss. Neben dem Angebot gibt es Massnahmen anderer Art, insbesondere im Tarifbereich; dort sind die Transportunternehmungen gefragt.

Der Bund will ja auch Geld im Regionalverkehr sparen. Kann man da schon konkretere Zahlen nennen?

«Lieber jetzt auf Anfang 2016 das Angebot klären und später von weiteren Reduktionen absehen.»

MATTHIAS MICHEL, ZUGER
VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTOR

zur hälftigen Mitfinanzierung des Regionalverkehrs nachkommt. Wir sind hier in intensiven Gesprächen. Realistischerweise dürfte sich der Bund etwa im bisherigen Ausmass beteiligen. Das reicht aber nicht, um auch neue Angebote und neues Rollmaterial zu finanzieren. Gefordert sind deshalb die Transportunternehmen, ihre Kosten und Erträge so zu gestalten, dass auch eine Entwicklung des ÖV möglich bleibt.

Wie viel gibt der Kanton Zug für den öffentlichen Verkehr aus?

Michel: Die Offerten umfassen Kosten von rund 163,4 Millionen Franken und Erträge von rund 75 Millionen Franken.

Von den ungedeckten Kosten trägt der Kanton netto 27,1 Millionen Franken (Basis ist das Jahr 2015). Die nun geplante Einsparung von rund 1,2 Millionen Franken betrifft also nur einen kleinen Teil, in dem das ÖV-Angebot in den Randzeiten und am Wochenende etwas zurückfahren wird.

Wieso muss überhaupt gespart werden?

Michel: Der Kanton muss jährlich rund 100 Millionen Franken sparen, damit wir nicht innert weniger Jahre in eine Schuldenwirtschaft abgleiten. Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Von der Staatswirtschaftskommission und von bürgerlichen Parteien wird klar erwartet, dass wir mindestens in diesem Umfang Entlastungen vorschlagen; zum Teil wird auch das als ungenügend betrachtet. Da es keine «geschützten Bereiche» gibt, muss auch beim ÖV-Angebot eingespart werden. Wenn der Kantonsrat den ÖV hochhalten will, dann respektiert er unsere Vorschläge und geht nicht weiter.

Leidet darunter nicht das Umsteigen auf den ÖV?

Michel: Meine These ist die folgende: Wir hatten im Kanton Zug bisher ein überdurchschnittlich gutes ÖV-Angebot. Es wird auch mit den Entlastungsmassnahmen sehr gut bleiben. Dass dieses Angebot nicht bereits heute stärker genutzt und so das Verhältnis zum Privatverkehr (sogenannter Modal-Split) verbessert wird, hängt nicht mit unserem Angebot, sondern mit der hohen Verfügbarkeit von Privatfahrzeugen zusammen: Der Kanton Zug weist quantitativ den höchsten Motorisierungsgrad der Schweiz aus – und diese Motoren werden gefahren.

Manuel Brandenburg soll den Sitz für die SVP erobern

WAHLEN Jetzt ist offiziell, wenn die SVP ins Rennen um einen Ständeratssitz schickt: Der Stadtzuger könnte eine reine «Bergvertretung» verhindern.

Was die «Neue Zuger Zeitung» letzte Woche exklusiv vermeldete, ist nun auch offiziell: Der Vorstand der SVP des Kantons Zug will im Herbst den Stadtzuger Manuel Brandenburg als Kandidat für einen der beiden Zuger Ständeratssitze ins Rennen schicken. Der Stadtzuger Korporationsbürger muss allerdings noch am 24. Juni an der Nominationsver-

sammlung offiziell nominiert werden – eine reine Formsache, wie die Erfahrung der Vergangenheit zeigt. Die Versammlung in Steinhausen wird wohl eher zu einem Schaulaufen für Brandenburg, der sich dann zumal über den Besuch von SVP-Schweiz-Präsident Toni Brunner sicherlich jetzt schon mächtig freut.

Für die SVP ist die Nomination von Brandenburg eine «sehr seriöse» Angelegenheit, wie der Zuger SVP-Medienschef Beni Riedi auf Anfrage betont. «Es ist uns ernst mit dieser Kandidatur.» Denn mit Manuel Brandenburg hätten die Wähler eine ernsthafte, junge und bürgerliche Alternative zur Mainstreampolitik altgedienter Regierungsräte. Einen spezifischen Sitz habe die SVP aber nicht im Visier, ergänzt Riedi. «Wir

wollen einen Ständeratssitz erobern, welcher Sitz es sein wird, werden die Wählerinnen und Wähler entscheiden.»

Für bürgerliche Gespräche bereit

Will man denn seitens der SVP beim Ständerat mit der CVP und der FDP über eine bürgerliche Dreier-Nomination reden? Nachdem man bei den Nationalratswahlen nicht zusammenspannt. «Solche Gespräche wurden bis jetzt von unserer Seite nicht ausgeschlossen», sagt Riedi und verrät den Plan, wie die SVP den Sitz im Herbst holen will. «Wir werden einen aktiven Wahlkampf führen, der den Wählerinnen und Wählern Manuel Brandenburg als echte Alternative präsentiert. Brandenburg und die Partei haben einiges



Manuel Brandenburg will in den Ständerat.
PD

an Pfeilen im Köcher. Wir freuen uns auf den Wahlkampf im Herbst.»

«Hoher Brennwert»

Auch Kantonsrat Manuel Brandenburg ist zuversichtlich und hat keine Angst, gegen seine beiden Mitbewerber Joachim Eder (FDP, Unterägeri) und Peter Hegglin (CVP, Menzingen) «verheizt» zu werden, wie er sagt. Der 43-Jährige witzelt: «Überhaupt nicht. Mein Brennwert ist eher hoch.» Seine Erfolgsaussichten sieht Brandenburg so: «Sofern mich die Nominationsversammlung meiner Partei nominiert, sind meine Chancen intakt. Ich freue mich auf den Wahlkampf.»

CHARLY KEISER
charly.keiser@zugerzeitung.ch